

Kommunaler Finanzausgleich 2005. Ergebnis des Gesprächs von Finanzminister Faltlhauser mit den kommunalen Spitzenverbänden über den Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs 2005 am 30. Juli 2004

"In einer für beide Seiten sehr schwierigen Situation haben wir heute für den kommunalen Finanzausgleich 2005 einen tragfähigen Konsens erzielt", erklärten übereinstimmend die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände und Finanzminister Kurt Faltlhauser.

Am 30. Juli 2004 führte Finanzminister Faltlhauser mit den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände das traditionelle Spitzengespräch über den kommunalen Finanzausgleich 2005. An dem Gespräch mit Oberbürgermeister Josef Deimer, Landrat Theo Zellner, Erstem Bürgermeister Dr. Uwe Brandl und Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein nahmen auch der Staatsminister des Innern Dr. Günther Beckstein und der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag Manfred Ach sowie Staatssekretär Franz Meyer teil.

Über die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs 2005 konnte nach mehrstündigen und schwierigen Verhandlungen Einigkeit erzielt werden.
Die wesentlichen Ergebnisse sind:

1. Schlüsselzuweisungen

Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund wird von 11,54 Prozent auf 11,60 Prozent erhöht. Hierdurch und durch den allgemeinen Anstieg der Schlüsselmasse erhöhen sich die Schlüsselzuweisungen in 2005 um 61,7 Mio. Euro auf 2.120,7 Mio. Euro. Das hilft den Kommunen bei ihren Bemühungen, ihre Verwaltungshaushalte auszugleichen.

2. Abschaffung der von den Kommunen aufzubringenden Solidarumlage in drei Schritten

Der Freistaat wird ab 01.01.2006 in drei Jahresschritten die von den Kommunen bis 2019 aufzubringende Solidarumlage übernehmen. Im Jahr 2006 werden 20 Prozent, 2007 50 Prozent und ab 2008 der volle Betrag vom Freistaat geleistet. Die bayerischen Kommunen werden auf diese Weise dauerhaft bis zum Ende des Solidarpakts II im Jahr 2019 von einem beachtlichen Teil der Lasten der deutschen Einheit befreit. Damit verschiebt sich die Grenze zwischen Freistaat Bayern und Kommunen bei der Finanzierung der deutschen Einheit grundlegend zugunsten der Kommunen. Die jährliche Größenordnung der vollen Entlastung beträgt voraussichtlich mindestens 120 Mio. Euro.

3. Leistungen an die Bezirke:

Die Leistungen an die Bezirke, die bereits im Nachtragshaushalt 2004 in einem Kraftakt um 140 Mio. Euro auf 440 Mio. Euro angehoben wurden, werden um weitere 160 Mio. Euro auf 600 Mio. Euro erhöht:

Dies beinhaltet zum einen eine Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs nach Art. 15 FAG auf 540 Mio. Euro. Desweiteren werden die Bezirke in Höhe von 60 Mio. Euro durch Übernahme der Kosten für die Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion durch den Freistaat entlastet.

Der Erhöhungsbetrag von 160 Mio. Euro wird wie folgt aufgebracht:

145,9 Mio. Euro aus staatlichen Mitteln und 14,1 Mio. Euro durch Umschichtungen der Kommunen innerhalb des Finanzausgleichs. Alle Beteiligten sind sich einig, dass der steile Kostenzuwachs bei der überörtlichen Sozialhilfe durch geeignete Kostendämpfungsmaßnahmen abgeflacht werden muss. Die Bezirke werden bis Ende August 2004 einen Vorschlag für einen neuen dauerhaften Verteilungsschlüssel für den Sozialhilfeausgleich vorlegen, der deutliche Sparanreize enthält.

4. Investitionen

Bei den Fördermitteln des Freistaats Bayern für kommunale Investitionen konnten Kürzungen

vermieden werden.

5. Schülerbeförderung

Staat und Kommunen sehen die Notwendigkeit die hohen Kosten der Schülerbeförderung durch geeignete Maßnahmen zu senken.

6. Verteilungskriterien für die Bedarfszuweisungen

Die Verteilungskriterien für die Bedarfszuweisungen als Nothilfe für die Kommunen werden am Maßstab der Leistungsfähigkeit der Kommunen überprüft.

"Dieses Einigungspaket aus strukturellen Zusagen wie der Abschaffung der Solidarumlage und direkter finanzieller Hilfen bedeutet insgesamt eine wesentliche Verbesserung der Gesamtbilanz für die Kommunen. Die gesamten Finanzausgleichsleistungen steigen damit auf über 5,6 Mrd. Euro. Damit ist der Freistaat Bayern an die Grenzen des Machbaren gegangen und hat ein Signal der Kommunalfreundlichkeit gesetzt", betonte Faltlhauser. Die Präsidenten der Kommunalen Spitzenverbände erkennen dies an und akzeptieren trotz schwierigster kommunaler Haushaltssituation dieses Ergebnis.